

# PESCO: Historischer Rüstungsschub?

von Jürgen Wagner

Am 13. November 2017 wurde die hochproblematische „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) im Grundsatz beschlossen. Mit PESCO können Teile der EU-Militärpolitik per Mehrheitsentscheidung auf Kleingruppen ausgelagert und so das bislang in diesem Bereich geltende Konsensprinzip ausgehebelt werden (siehe zur Kritik u.a. [IMI-Standpunkt 2017/34](#)). Noch am selben Tag sparten Spitzenpolitiker nicht mit Superlativen: Bundesaußenminister Sigmar Gabriel nannte PESCO einen „Meilenstein der europäischen Entwicklung“ und einen großen „Schritt in Richtung Selbstständigkeit und Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU“. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sprach sogar von „einem historischen Moment für die europäische Verteidigung“ ([heute.de](#), 13.11.2017). Ob sich PESCO allerdings tatsächlich als großer Militarisationsschritt entpuppen wird, wird sich erst noch erweisen müssen.

An eine PESCO-Teilnahme sind bestimmte Rüstungsbedingungen geknüpft, die die Staaten erfüllen müssen. Über diese Teilnahmebedingungen wurde lange und intensiv gestritten, ohne dass davon allzu viel an die Öffentlichkeit gedrungen wäre. Nun lassen sie sich im „[Aktivierungspapier](#)“ finden, das am 13. November von 23 Ländern unterzeichnet wurde. Dänemark und Großbritannien wollen sicher nicht an PESCO teilnehmen, Irland, Polen und Portugal geben an, sie hätten sich noch nicht entschieden. Rüstungsnahen Stimmen äußerten sich eher enttäuscht über die nun getroffenen Vereinbarungen, was vor allem an teils relativ schwammigen Formulierungen der jeweiligen PESCO-Verpflichtungen liegt. Näher betrachtet hat das Dokument aber leider durchaus das Potenzial, den EU-Militarisierungsprozess weiter voranzutreiben.

Viele Vereinbarungen sind tatsächlich relativ unverbindlich formuliert, so etwa die Verpflichtung, die Rüstungsausgaben regelmäßig zu erhöhen, ohne zu spezifizieren, was das in konkreten Zahlen bedeuten soll. Auch andere Aspekte, die mit den Rüstungsausgaben zu tun haben, bleiben reichlich vage,

zum Beispiel das Bekenntnis, die Rüstungsinvestitionen sukzessive auf mindestens 20% des Militärbudgets anzuheben. Dasselbe gilt für andere Passagen wie etwa die zur Bereitstellung strategischer Fähigkeiten oder zur „besseren“ Finanzierung von EU-Rüstungsprojekten und EU-Einsätzen – auch hier fehlt es an Angaben, wozu konkret sich die Länder hier verpflichtet haben. Auf der anderen Seite müssen teilnahmewillige Länder aber beispielsweise verpflichtend Truppen für die EU-Battlegroups bereitstellen, um bei PESCO mitmachen zu dürfen. Verbindlich ist auch die Verpflichtung, sich an mindestens einem PESCO-Projekt zum Aufbau strategisch relevanter Militärkapazitäten zu beteiligen. Bereits Ende November 2017 wurden die ersten 18 Projekte offiziell angemeldet, die dann künftig bevorzugt aus dem geplanten neuen EU-Verteidigungsfonds mitfinanziert werden sollen. Da bis dato wenig Details über diese Vorhaben bekannt sind, wird abzuwarten bleiben, inwieweit damit tatsächlich der beabsichtigte Ausbau des EU-Militärapparates substantiell vorangetrieben werden wird.

Ein wesentlicher Faktor, damit dies der Fall ist, soll sein, dass sich die PESCO-Länder einem Prozess unterworfen haben, in dem ihre Zusagen künftig extern durch die EU-Verteidigungsagentur in einem Bericht „evaluiert“ werden. Hierfür muss jedes teilnahmewillige Land einen Nationalen Implementierungsplan aufstellen, der Auskunft darüber geben soll, wie es seine PESCO-Verpflichtungen erfüllen will. Die Einhaltung dieses Planes wird dann jährlich durch die EDA in besagtem Bericht geprüft. Im „[Aktivierungspapier](#)“ heißt es dazu: „Dieser Bericht wird detailliert über den Stand der PESCO-Implementierung Auskunft geben, einschließlich der Beachtung jedes Mitgliedsstaates bezüglich seiner Verpflichtungen im Zusammenhang mit seinem Nationalen Implementierungsplan.“

Unklar ist, wie mit PESCO-Mitgliedern umgegangen werden soll, sollten ihre Rüstungsbemühungen „negativ“ evaluiert werden. Ob über diese Prüfberichte „erfolgreich“ genug Druck erzeugt werden kann, damit die Teilnehmer künftig in die „richtige“ Richtung rüsten, dürfte deshalb maßgeblich darüber entscheiden, ob mit PESCO wirklich ein „historischer“ Militarisationsschritt eingeleitet worden ist.

## Neue Broschüre: Ertüchtigende Entwicklungshilfe

Die Broschüre „**Europas ertüchtigende Entwicklungshilfe: Militärische Kontrollstrategie auf Kosten der Armutsbekämpfung**“ (Informationen zu Politik und Gesellschaft“, Nr. 14, November 2017) ist in Kooperation der IMI mit der Europaabgeordneten Sabine Lösing erschienen und kann gratis im Internet heruntergeladen werden. Durch diese Zusammenarbeit kann die Printversion – gerne auch in größerer Stückzahl – auch kostenlos via E-Mail bestellt werden: [hannover@sabine-loesing.de](mailto:hannover@sabine-loesing.de) oder postalisch bei Europabüro Sabine Lösing; Gosseriede 8; 30159 Hannover.

### INHALTSVERZEICHNIS

- Vorwort - 5
- Einleitung - 6
- 1. Europas integrierter machtpolitischer Ansatz - 7
- 2. Allzweckwaffe Ertüchtigung - 11
- 3. Entwicklungshilfe für Ertüchtigung - 14
- 4. Kritik zivil-militärischer Ertüchtigung - 19
- 5. Sahel-Strategie und Comprehensive Approach - 22
- 6. Entwicklung statt Ertüchtigung - 25

